

**SPD**  
Stadtratsfraktion

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
Stadtratsfraktion

**FDP**  
Stadtratsfraktion

**Antrag 1931/2018 Gemeinsamer Antrag zur Verwaltungsvorlage „Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020,, (1452/2018) zur Sitzung des Finanzausschusses am 13.11.18, des Haupt- und Personalausschusses am 14.11.18 und des Stadtrates am 28.11.18 (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**

Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Dabei gilt es, durch Konsolidierung Handlungsspielräume für kommende Generationen zu erhalten und gleichzeitig für die Zukunft zu investieren. In den letzten Jahren ist es durch Schaffung von Synergieeffekten, einem strikten Konsolidierungskurs, Einnahmeerhöhungen und Dank des Beitritts der Landeshauptstadt Mainz zum kommunalen Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz gelungen, die Haushaltssituation der Stadt positiv zu beeinflussen.

Im letzten Haushaltsplan vor Antritt der Ampel gab es ein geplantes Defizit von 115 Mio €. Es ist uns gelungen durch unsere Anstrengungen die Finanzsituation der Stadt nachhaltig um mehr als 100 Mio € pro Jahr zu verbessern.

Wir wollen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen Politik machen, sondern im Sinne dieser. Dazu gehört es auch, keine neuen Schulden zu machen. Seit dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds im Jahr 2012 hat die Stadt es durch kluges Wirtschaften geschafft, dass vier der letzten fünf Haushalte mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurden.

Mit diesem vorbildlichen Haushalten ist es möglich geworden, dass rund 89 Mio. € an Altschulden innerhalb der letzten fünf Haushaltsjahre abgebaut wurden.

Mit dem nun vorgelegten Doppelhaushalt 2019/2020 und unserem Begleitantrag ist eine weitere solide Grundlage für eine erfolgreiche Finanzpolitik geschaffen. Insbesondere mit dem Haushaltsplan für 2020 wird nach einem Vierteljahrhundert erstmalig wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Ein Meilenstein unserer Finanz- und Haushaltspolitik.

## **Der Stadtrat möge beschließen:**

### **Maßnahmen Green City vorziehen**

Der Masterplan Green City ist ein Gesamtkonzept, das eine nachhaltigere Lösung bietet als die Einzelmaßnahme Fahrverbote auszusprechen. Wir müssen nun alles daran setzen, die nötigen Schritte umzusetzen, damit sich die Luftqualität weiter verbessert und ein mögliches Fahrverbot im September 2019 verhindert werden kann.

Mobilität in Mainz muss auf nachhaltige Lösungen setzen und eine echte Verkehrswende braucht ausreichend finanzielle Mittel.

Die bereits begonnene Verkehrswende muss weiter vorangebracht und das Umsteigen vom PKW auf das Rad oder den ÖPNV noch attraktiver werden. Mit dem M3, dem „Green City Plan Mainz“, sind bereits wichtige Maßnahmen untersucht und bewertet worden. Diese gilt es nun zeitnah umzusetzen. Schaffen wir es, die Luft in Mainz sauberer zu machen, verhindern wir nicht nur ein Fahrverbot, sondern schützen gleichzeitig auch Mensch und Natur.

Daher ist es von Nöten, dass die bereits geplanten Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht wie bisher angedacht erst Ende 2020, sondern neu priorisiert und zum Teil bereits Anfang nächsten Jahres umgesetzt werden.

Die Förderung des Radverkehrs ist, im Vergleich zu anderen Maßnahmen, teilweise schneller umzusetzen und weniger kostenintensiv. Hier gilt es, das Fahrrad als gleichwertiges Verkehrsmittel in Mainz zu etablieren, Lücken in Radrouten zu schließen und die Sicherheit und den Komfort des Radfahrens in Mainz zu erhöhen. Ein gut ausgebautes, gepflegtes und sicheres Radroutennetz ist eine wesentliche Voraussetzung für die gewünschte Zunahme am Radverkehr. Auch ein breites Angebot an sicheren Abstellplätzen ist hier dienlich. Mainz muss eine fahrradfreundlichere Stadt werden, damit mehr Menschen aufs Fahrrad umsteigen.

Die Erweiterung des Verleihsystems „mein Rad“ der Mainzer Mobilität ist eine gute und wichtige Verbindung des ÖPNV mit dem Radverkehr. Hier haben Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung, wie im gesamten ÖPNV, jedoch längere Vorlaufzeiten und sind teilweise auch schon in Umsetzung, wie zum Beispiel die Umrüstung der Busflotte oder der Erstellung eines neuen Nahverkehrsplans.

Mit dem „Green City Plan Mainz“ und „Smart City Mainz“, der Digitalisierungsstrategie der Stadt Mainz, kann es gelingen, nachhaltig die NO<sub>2</sub>-Luftbelastung zu reduzieren. Daher sind die Digitalisierung des Verkehrs, die Vernetzung im ÖPNV, die Elektrifizierung des Verkehrs und die Urbane Logistik neben dem Radverkehr weiterhin die wichtigen Schritte auf dem Weg zu sauberer Luft in Mainz.

Im Bereich der Digitalisierung muss eine Vernetzung der Bereiche Wohnen, Arbeit, Verkehr und Umwelt vorangetrieben werden. Dieses umfangreiche Informationsstrukturnetz hat nicht nur für die Verwaltung einen deutlichen Mehrwert, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger. Ressourcen können durch die Smart City Mainz effizienter genutzt werden und Arbeitsabläufe in vielen Bereichen vereinfachen, wie zum Beispiel beim Erfassen und Verarbeiten von Verkehrs- und Infrastrukturdaten. Mit diesen Daten können dann unter anderem auch intelligente und umweltsensitive Verkehrsmanagements erstellt werden.

Die Vernetzung im ÖPNV beinhaltet zum einen ein überregionales Verkehrskonzept, in das zum Beispiel auch die Erweiterung des Straßenbahnnetzes durch die City-Bahn fällt. Aber auch der Aufbau von Bike+Ride-, sowie Park+Ride-Möglichkeiten schafft Anreize, vom PKW auf den ÖPNV umzusteigen.

Im Bereich der Elektrifizierung des Verkehrs ist der ÖPNV nur ein Teil, der durch die Umstellung auf E- und H<sub>2</sub>-Busse und den Ausbau des Straßenbahnnetzes bereits angestoßen wurde. Ein E-Mobilitätskonzept mit zentralen und dezentralen Ladeinfrastrukturen, sowie der Förderung von E-Fahrzeugen muss in Kooperation zwischen Unternehmen, Verwaltung und Gewerbe erstellt und umgesetzt werden.

Auch im Bereich der urbanen Logistik gibt es viele Ansatzpunkte, die eine deutliche Reduzierung des Verkehrsaufkommens und somit der NO<sub>2</sub>-Luftbelastung als Resultat haben. Nicht notwendige, einzelne Lieferfahrten müssen vermieden, der Einsatz elektrischer Logistikfahrzeuge gefördert und die Bündelung von Diensten angestrebt werden. So müssen unter anderem nutzbare, öffentliche und private Flächen als Lieferanten-Parkflächen ausgewiesen werden und anbieterneutrale Packstationen errichtet werden, um das innerstädtische Lieferaufkommen deutlich zu reduzieren. Erste Sondierungsgespräche mit der PMG dies bezüglich sind bereits gelaufen.

### **Investitionen nachhaltig tätigen**

Wenn wir Klimaschutz als Gesamtaufgabe verstehen, muss sich auch die städtische Finanzpolitik an Kriterien der Nachhaltigkeit orientieren. Im Zuge dessen braucht die Landeshauptstadt Mainz auch eine „Divestment-Strategie“ mit dem Ziel, dass Finanzanlagen der Stadt oder ihrer Gesellschaften nicht in CO<sub>2</sub>-intensive Anlagen getätigt werden.

Nachhaltigkeit bedeutet auch künftigen Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Steigende Zinsen auf den Finanzmärkten sind das größte Risiko für zukünftige Haushalte. Der Abbau von Altschulden hat daher hohe Priorität. Der Bund und das Land müssen hier ihrer Verantwortung noch stärker gerecht werden. Der Stadtrat beschließt die Teilnahme der Landeshauptstadt Mainz am Aktionsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz, welches einen Zinssicherungsschirm sowie einen Stabilisierungs- und Abbaubonus umfasst. Dieses Aktionsprogramm ist ein guter Anfang.

## **Investieren in den gesellschaftlichen Zusammenhang**

Investitionen sind notwendig, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Trotz einer konsequenten Haushaltsplanung hat die Stadt Mainz eine sehr hohe Investitionsquote im Vergleich zu anderen Städten. Ziel ist, Mainz als lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten. Deshalb wollen wir den bereits eingeschlagenen Weg getätigter Investitionen in den Bereichen Wohnen, Unterbringung und Pflege von älteren Menschen, Jugend- und Erwachsenenbildung, in Sportplätze, in Verkehrsinfrastruktur und Stadtumbau weiterbegehen. So sind alleine im Schulbereich für die kommenden beiden über 100 Millionen Euro an Investitionen geplant.

Analog dazu ist es in den einzelnen Stadtteilen gleichzeitig notwendig, zentrale Treffpunkte für die Mainzer Bürgerinnen und Bürger sowie für viele Mainzer Vereine als Ort des bürgerschaftlichen Lebens zu erhalten. Der Raumbedarf für Vereine und für Veranstaltungen in Mainz ist riesengroß. Wir sind dankbar für das große Engagement der Mainzer Vereine in allen Stadtteilen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. So werden unter finanzieller Beteiligung der Stadt Mainz mit einem Gesamtvolumen von rund 50,695 Mio. Euro Investitionen in wichtige Felder des bürgerschaftlichen Lebens getätigt. Saniert werden davon die Rheingoldhalle, das Bürgerhaus Lerchenberg, die Töngeshalle Ebersheim, das Kulturheim Weisenau sowie die Volkshochschule. Neu gebaut werden die Bürgerhäuser Finthen und Hechtsheim.

Zudem wird das Rathaus, der zentrale Ort der kommunalen Demokratie und ein beliebter Treffpunkt beziehungsweise auch Tagungsort für Bürger, nach jahrelangen Diskussionen unter Beachtung des Denkmalschutzes komplett saniert werden.

In Anbetracht der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit der freiwilligen Feuerwehren freut es uns, dass in den kommenden beiden Jahren für zwei Millionen Euro die Sanierung bzw. baulichen Erweiterungen der Wehrhäuser in Ebersheim, Laubenheim, und Weisenau starten wird. Für die Sanierung der Wehrhäuser in Draies, Gonsenheim und Mombach sind weitere 800.000 Euro an Planungsmitteln eingestellt. Gemäß dem Maßnahmenkatalog werden die Wehrhäuser in den anderen Stadtteilen 2021/22 folgen.

Weitere große und wichtige Investitionsfelder der kommenden beiden Jahre sind die die Rheinuferneugestaltung und das Römische Theater, die Zitadellenmauer, aber auch die weitergehende Um- und Neugestaltung der Achse Münsterplatz, Schillerstraße und Kleine Langgasse.

## **Soziale Infrastruktur sichern**

Die Stadt Mainz muss jährlich einen erheblichen Fehlbetrag im Bereich der Sozialausgaben auffangen. Es handelt sich hier um Pflichtaufgaben, die die Kommunen

aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen erfüllen müssen, ohne ausreichende Kompensation vor allem vom Bund zu erhalten, während anzuerkennen ist, dass das Land Rheinland-Pfalz seiner Konnexitätspflicht immer stärker nachkommt.

Investitionen im sozialen Bereich sind für uns von hoher Priorität, denn niemand soll in Mainz „hinten runterfallen“. Dies gilt für uns auch besonders für die soziale Infrastruktur. Die konsequente Haushaltsführung ermöglicht uns neue Spielräume.

Somit konnten wir die Zuschüsse an die Träger der Jugendhilfe seit langem wieder erhöhen, um insgesamt 8,1 Prozent in den letzten vier Jahren. Nach einer Evaluation und Bedarfsklärung für die kommenden Jahre werden die Zuschüsse an die Träger der Jugendhilfe neu verhandelt.

Im Haushalt für die Jahre 2019 und 2020 setzen wir nun den Schwerpunkt bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie bei der Stadtteilarbeit. Die Beratungsstellen erhalten zusätzlich 260.000 Euro und die Gemeinwesenarbeit 150.000 Euro. Das ist eine Steigerung um 47 Prozent bis 2020.

Zum 01. Januar 2019 startet zudem der MainzPass. Mainzerinnen und Mainzer erhalten damit erhebliche Vergünstigungen bei Monatsfahrkarten (Sozialticket) und bei Eintrittskarten für Kultur- und Sporteinrichtungen.

### **Personalentwicklung stärken**

Natürlich können all diese Maßnahmen nur umgesetzt werden, wenn der Verwaltung hierfür ausreichend Personal zu Verfügung steht. Zahlreiche Organisationsuntersuchungen in den verschiedenen Ämtern haben gezeigt, dass die Schaffung von neuen Stellen wichtig ist.

Deshalb wurden bereits vor zwei Jahren 37 Stellen bei der Berufsfeuerwehr neu geschaffen. Im Haushalt 2019/20 schaffen wir neue Stellen insbesondere beim Ordnungsamt, beim Baustellen- und Verkehrsmanagement, bei der Gebäudewirtschaft Mainz (GWM) sowie bei den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD). Auch das Naturhistorische und das Gutenberg-Museum werden gestärkt. 140 Stellen werden in den städtischen Kitas neu eingerichtet. Ferner investieren wir nachhaltig in unser Personal durch den Ausbau der Personalentwicklung sowie die Schaffung von 25 neuen Ausbildungsstellen.

Bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Green City Masterplans und des „Smart City“-Plans ist immer darauf zu achten, dass dies nicht zu Lasten anderer Bereiche in der Verwaltung geht und wenn nötig, weitere Stellen geschaffen werden.

Die Stelle eines Energieingenieurs, die bislang bis Ende 2022 befristet ist, soll entfristet werden. Die Aufgaben im Bereich Klimaschutz, Verkehrsplanung und Luftreinhaltung werden zu kommunalen Daueraufgaben werden, hier ist es wichtig gutes Personal an die Stadt zu binden.

gez.

Alexandra Gill-Gers  
*Fraktionsvorsitzende  
SPD-Stadtratsfraktion*

gez.

Sylvia Köbler-Gross  
*Fraktionssprecherin  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Mainzer Stadtrat*

gez.

Walter Koppius  
*Fraktionsvorsitzender  
FDP-Stadtratsfraktion*

f.d.R.

Dr. Christine Pohl  
*Fraktionsgeschäftsführung  
SPD-Stadtratsfraktion*

f.d.R.

Caroline Blume  
*Fraktionsgeschäftsführung  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

f.d.R.

Hermann Wiest  
*Fraktionsgeschäftsführung  
FDP-Stadtratsfraktion*